

**Absender
Fachbereich Jugend
und Soziales**

Drucksachen-Nr.

0242/2016

öffentlich

Anfrage

der Stadtverordneten Frau Koshofer

zur Sitzung:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 16.06.2016

Tagesordnungspunkt

Anfrage Frau Koshofers vom 31.05.2016 zu Flüchtlingen in Bergisch Gladbach

Inhalt:

Die Anfrage Frau Koshofers ist der Vorlage beigelegt.

Zu 1:

Wie bereits in allen Berichten zu der Sache ausgeführt wurde, gibt es keine validen Zahlen, die eine Planung ermöglichen. Entsprechende Nachfragen bei der Bezirksregierung oder dem Innenministerium ergeben regelmäßig, dass keine genauen Zahlen sowie Angaben zum Datum von Zuweisungen etc. vorliegen.

Zu 2:

Die Kosten für die Flüchtlinge sind bereits mehrfach hochgerechnet worden, jeweils unter Zugrundlegung von Schätzungen und aktuellen Zahlen mit entsprechenden Hochrechnungsfaktoren, dies wurde mit der Vorlage zur aktuellen Haushaltsentwicklung DS Nr. 0104/2016 zuletzt in der Sitzung des ASWDG am 14.04.2016 diskutiert. Wie damals angekündigt liegt nunmehr unter Top. 7 mit DS. Nr. 0215/2016 eine erneute Vorlage zur Haushaltsentwicklung vor, aus der die aktuellen Zahlen zu entnehmen sind, ebenfalls sind die Einnahmen aus den Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz -FlüAG- dargestellt. Leider kann sich, wie in der Vorlage auch ausgeführt, auch diese Hochrechnung wieder ver-

ändern, sofern die Annahmen zu den Zuweisungen aus der Berechnung nicht zutreffen. Valide Daten liegen nicht vor, daher wird es auch für das 3. Quartal eine erneute Hochrechnung mit aktuellen Zahlen geben.

Zu 3:

Zu dieser Frage wird auf die Ausführungen von Herrn Kuhlen in der letzten Sitzung des ASWDG verwiesen, siehe Seite 11 der Niederschrift.

Die Verwaltung hat ja bereits die Unterkunft in der Turnhalle Schwerfelstraße aufgelöst, die Turnhalle in Sand soll Ende Juni als Flüchtlingsunterkunft aufgegeben werden. Derzeit werden Überlegungen angestellt, wann und inwieweit die Turnhalle Feldstraße wieder ihrer eigentlichen Nutzung zugeführt werden kann. Dadurch werden insgesamt etwa 380 Unterbringungsplätze wegfallen, auch dies spricht neben den bereits genannten Argumenten für den Ausbau auf dem Carpark-Gelände. Aus Sicht der Verwaltung ist ein Verzicht oder eine Reduzierung derzeit daher nicht sinnvoll.